

L1 Anpacken statt Kopf in den Sand: Mit Zuversicht in die Zukunft

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 21.11.2024
Tagesordnungspunkt: 4 Leitantrag

Antragstext

1 Thüringen steht am Scheideweg. Unser Bundesland steht wie viele andere Regionen
2 Deutschlands vor wichtigen Richtungsentscheidungen: Schaffen wir die notwendige
3 Transformation angesichts der ökologischen Krisen, dem demographischen Umbruch
4 und der fortschreitenden Entwicklung digitaler Technologien? Oder verlieren wir den
5 Anschluss und damit an Attraktivität?

6 Der Handlungsbedarf ist groß. Das stellt Politik vor neue Anforderungen und
7 schafft neue Unsicherheiten bei Bürger*innen. Politik muss heute mehr denn je
8 zielgerichtet und vorausschauend handeln statt nur verwalten. Die
9 Herausforderungen müssen ehrlich analysiert und angegangen werden, statt sie zu
10 leugnen oder zu ignorieren. Mit transparenten Zielen und Maßnahmen sowie einem
11 ehrlichen, verantwortungsbewussten und lösungsorientierten Regierungsstil kann
12 Vertrauen der Bürger*innen in politische Akteur*innen zurückgewonnen und
13 Zuversicht aufgebaut werden. Das ist auch unser Anspruch an unsere BÜNDNISGRÜNE
14 Politik. Dies ist der wesentliche Unterschied zu populistischen Parteien und
15 Ansätzen, die Ängste bei den Menschen schüren, sie gegeneinander ausspielen und
16 einfache Lösungen versprechen. Unsere Aufgabe ist es Zuversicht zu vermitteln,
17 dass die Aufgaben zu bewältigen und die Veränderungen positiv zu gestalten sind.

18 Dies gilt besonders in Zeiten, in denen Krisenschlagzeilen die Nachrichten
19 bestimmen und Menschen sich vor Wohlstandsverlust fürchten. Die Krise bei VW und
20 der damit verbundene drohende Arbeitsplätzeabbau hat viele Menschen auch in
21 Thüringen tief getroffen, nicht nur weil ihre Jobs bei Zulieferbetrieben
22 gefährdet sind, sondern weil sie darin einen Ausdruck der Krise der deutschen
23 Wirtschaft sehen. Dabei zeigt das Beispiel Automobilindustrie besonders
24 deutlich: Der Wandel lässt sich nicht länger leugnen und ignorieren, er ist
25 längst Realität. Nur wer es schafft, sich den neuen Bedingungen anzupassen und
26 sich zu verändern, wird mithalten. Gezielte Investitionen in Klimaneutralität
27 und die Nutzung regionaler, erneuerbarer Energiequellen sind dafür notwendig,
28 auch in Thüringen. Ende Oktober warnte das Institut für Arbeitsmarkt- und
29 Berufsforschung, dass in Thüringen tausende Jobs in Gefahr sind, bei
30 gleichzeitig sich verschärfendem Fachkräftemangel. Die bisherige
31 Wirtschaftspolitik in Thüringen war darauf nicht vorbereitet – zu viel
32 Gießkanne, zu wenig zielgerichtet, zu wenig ausgerichtet auf zukunftsweisende
33 Kriterien wie Digitalität, Innovationskraft und Klimaneutralität. Gleichzeitig
34 ist die kleinteilige Struktur unserer Wirtschaftslandschaft auch eine Stärke –
35 wenn wir es schaffen, die vielen klein- und mittelständischen Unternehmen bei
36 den anstehenden Anpassungsprozessen zu unterstützen und damit ihre
37 Konkurrenzfähigkeit zu stärken. Es ist daher wichtig, die Thüringer Wirtschaft
38 durch gezielte Ansiedlungen, die Bildung und Stärkung von Wirtschaftsclustern,
39 eine gute Qualifizierung unserer Einwohner*innen und die gezielte Förderung von
40 zukunftsfähigen Branchen in Thüringen zu stärken. Gerade die Erneuerbaren
41 Energien, ein Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und die Entwicklung und
42 Produktion neuer klimaneutraler Technologien sind wichtige Jobmotoren, die

43 regionale Wertschöpfung und Sicherheit bringen. Unsere Thüringer Unternehmen
44 braucht hierfür mehr Unterstützung in ihrer Weiterentwicklung und bei der
45 Fachkräftesicherung, durch Investitionsunterstützung und Zuschüsse. Wir werben
46 daher weiter für die Einrichtung eines Zukunftsfonds, um die Investitionsbedarfe
47 zu decken. Dafür ist auch eine Reform der Schuldenbremse unumgänglich. Denn die
48 Schulden wurden bereits gemacht: durch ausbleibende Investitionen auf Kosten
49 zukünftiger Generationen.

50 Um dies umzusetzen und damit die Wettbewerbsfähigkeit unserer thüringer
51 Wirtschaft zu stärken, müssen Klimaschutz und damit die Notwendigkeit der
52 Transformation von allen politischen Akteur*innen endlich als unausweichbare
53 Notwendigkeit anerkannt werden. Es ist essentiell zu verstehen, dass der Schutz
54 unserer natürlichen Lebensgrundlagen und des Klimas kein Nice-to-Have sind,
55 sondern über Sicherheit und Wohlstand der Menschheit entscheiden. Es ist nicht
56 nur eine Sache der Welt- oder Bundespolitik, Klimaschutz wird vor Ort gemacht,
57 im Kleinen und im alltäglichen Handeln. Es ist unlauter, Menschen vorzuspielen,
58 dass es sich bei Klimaschutzmaßnahmen um ideologische Verbotsphantasien handelt.
59 Wir müssen endlich in eine politische Diskussion über das WIE beim Klimaschutz
60 kommen, nicht über das OB. Ein weiteres Aufschieben gefährdet nicht nur unsere
61 Umwelt und die Artenvielfalt, sondern auch den sozialen Frieden und die
62 Sicherheit der Bevölkerung. Natürlich muss Klimaschutz immer auch sozial gerecht
63 sein. Schon jetzt leiden arme Menschen stärker unter den Folgen des Klimawandels
64 und von Umweltbelastungen, während Menschen mit mehr Geld auch deutlich mehr
65 Emissionen produzieren als jene mit wenig Geld. Hier braucht es endlich mehr
66 Gerechtigkeit – breite Schultern müssen stärker zur Verantwortung gezogen
67 werden! Daher ist die Einführung eines Klimageldes unumgänglich, damit Menschen
68 auch finanziell etwas von Klimaschutz haben. Dass der Bundesfinanzminister
69 entgegen dem Koalitionsvertrag bis zum Schluss die Einführung des Klimageldes
70 verhindert hat, ist eine fatale Entscheidung und ein Verrat an den vielen
71 Menschen mit geringerem Einkommen in unserem Land. Denn Gerechtigkeit ist der
72 Schlüssel zu Zusammenhalt und Solidarität in unserer Gesellschaft.

73 Doch Gerechtigkeit betrifft auch die gleichwertigen Lebensverhältnisse in der
74 Stadt und auf dem Land. Hier wird in den nächsten Jahren der Erhalt der
75 Infrastruktur essentiell sein. Thüringen ist ein ländlich geprägtes Bundesland.
76 Was eigentlich eine Stärke sein könnte, wird in Verbindung mit einer
77 schrumpfenden und alternden Gesellschaft jedoch zum Risiko. Denn Infrastruktur
78 wie Kindergärten, Krankenhäuser, Brücken, Bahnstrecken und Pflegeangebote sind
79 dort schwieriger zu erhalten, wo immer weniger Menschen leben. Doch sind es
80 genau diese Faktoren, die im Alltag der Menschen ausmachen, wie angeschlossen
81 oder abgehängt sie sich fühlen. Gibt es im näheren Umkreis eine Schule, auf die
82 meine Kinder gehen können? Wohin wende ich mich bei gesundheitlichen Problemen?
83 Wo kann ich mein Baby zur Welt bringen? Gibt es einen Bahnhof in der Nähe? Fährt
84 ein Pflegedienst bis zu meinem Dorf? Das sind sehr entscheidende Fragen - nicht
85 nur im Alltag, sondern auch politisch. Es muss Ziel bündnisgrüner Politik sein,
86 sich noch stärker für den Erhalt von Infrastruktur in ländlichen Räumen
87 einzusetzen. Denn es ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, ob die
88 Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land wirklich gleichwertig sind. Es ist
89 auch eine Frage der Attraktivität unseres Bundeslandes und der
90 Lebenszufriedenheit der Bürger*innen. Wer ständig erlebt, dass Arztpraxen
91 geschlossen und Bahnstrecken stillgelegt werden, fühlt sich schnell im Stich
92 gelassen und politisch vernachlässigt. Dabei geht es nicht darum, blind den

93 Erhalt aller Krankenhaus- und Schulstandorte zu versprechen. Sondern es geht um
94 kluge, ehrlich und transparent kommunizierte Konzepte, die regionale
95 Besonderheiten berücksichtigen, um die Infrastruktur im ländlichen Raum trotz
96 Bevölkerungsrückgang zu stärken. Menschen müssen darauf vertrauen können, dass
97 ihre Lebensbedingungen vor Ort nicht immer schwieriger werden, sondern dass
98 gezielte Investitionen getätigt und die Bedingungen vor Ort verbessert werden.
99 Sie müssen erleben, dass Zusammenhalt und Solidarität keine Worthülsen sind und
100 der Staat sich nicht aus der Fläche zurückzieht. So kann auch Vertrauen in
101 staatliches Agieren wieder gestärkt werden. Dafür kämpfen wir nicht nur vor Ort
102 in den Kommunen und im Land, sondern auch in der Bundespolitik.

103 Investitionen in unsere Infrastruktur sind auch entscheidend, um ländliche
104 Regionen für jüngere Menschen und Familien attraktiv zu machen. Dabei geht es
105 eben nicht nur um die Verfügbarkeit von günstigem Wohnraum oder Bauflächen.
106 Gerade junge Menschen brauchen neben dem guten Anschluss an den öffentlichen
107 Nahverkehr ansprechende Freizeit- und Kulturangebote sowie selbstverwaltete Orte
108 zum Zusammenkommen. Vor allem brauchen junge Menschen eine Kultur des
109 Ernstnehmens und der Offenheit. Thüringen muss wieder ein Land werden, in dem
110 junge Menschen gern bleiben und leben wollen, weil sie sich wertgeschätzt
111 fühlen. Es kann nicht sein, dass junge Menschen sich ihre Freiräume immer wieder
112 erkämpfen müssen. Es kann nicht sein, dass junge Menschen immer wieder mit
113 pauschalen Verurteilungen und Ablehnungen ihrer Lebensweisen konfrontiert
114 werden. Es braucht gesellschaftliche Offenheit, Wertschätzung und Respekt
115 gegenüber jungen Menschen. Das ist nicht nur für die Gewinnung von Fachkräften
116 essentiell, sondern um jungen Menschen eine liebevolle und attraktive Heimat zu
117 bieten.

118 Entscheidend dafür wird auch sein, ob Thüringen sein Rechtsextremismus-Problem
119 in den Griff bekommt. Thüringen zählt bundesweit nicht nur zu den Hot Spots
120 rechtsextremer Straf- und Gewalttaten. Ein politisch vergiftetes Klima gegenüber
121 Geflüchteten und Zugewanderten trifft dabei auf weit verbreiteten Rassismus und
122 Gewaltbereitschaft in Teilen der Bevölkerung. Gerade marginalisierte
123 Bevölkerungsgruppen wie migrantisierte, queere oder jüdische Menschen fühlen
124 sich hier zunehmend nicht mehr sicher und denken darüber nach, unser Land zu
125 verlassen. Das dürfen wir nicht zulassen! Wir beobachten diese Entwicklungen mit
126 großer Sorge und fordern nach wie vor ein entschlosseneres Vorgehen gegen die
127 extreme Rechte ein. Denn ein sich weiter ausbreitender Rechtsextremismus
128 gefährdet nicht nur die Sicherheit unserer eigenen Bevölkerung und höhlt den
129 gesellschaftlichen Zusammenhalt aus, sondern wird auch ein Problem bei der
130 Akquise und Sicherung von Fachkräften.

131 Doch statt diese Herausforderungen anzugehen, stecken einige Parteien den Kopf
132 in den Sand und warten darauf, dass sich die Probleme von selbst lösen. Oder es
133 werden Ängste geschürt und ganze Bevölkerungsgruppen zum Sündenbock erklärt. Das
134 hilft niemandem weiter. Kein Leben wird besser, wenn Menschen abgeschoben oder
135 Grenzen dicht gemacht werden. Das löst weder die Herausforderungen des
136 Strukturwandels noch macht es das Leben der Menschen in Thüringen einfacher.
137 Auch Kürzungen beim Bürgergeld bringen niemandem mehr Lohn oder bezahlbaren
138 Wohnraum. Stattdessen werden Menschen, die in schwierigen Lebenslagen sind,
139 gegeneinander ausgespielt und stigmatisiert. Das eigentliche Problem bleibt
140 dabei unbearbeitet: die wachsende soziale Ungleichheit in unserem Land. Wir
141 werden weiter dafür kämpfen, dass unsere Gesellschaft gerechter wird. Diese
142 Vision einer solidarischen Gesellschaft aufzubauen und zu stärken ist auch unser

143 Ziel, gerade in einem Geringverdiener- und Kinderarmutsland wie Thüringen. Wir
144 begegnen damit den Ängsten und Unsicherheiten angesichts der Zeiten des Wandels.
145 Damit begegnen wir aber auch reaktionären Verleumdungen, progressive Politik sei
146 weltfremd und Klimaschutz unbezahlbar.

147 Hass und Ressentiments gegenüber uns BÜNDNISGRÜNEN sind in den letzten Jahren
148 extrem gewachsen. Das liegt zum einen an Schmutzkampagnen reaktionärer Kräfte,
149 die durch unsere Politik ihre Existenz- und Wirtschaftsgrundlage bedroht sehen.
150 So stehen wir mittlerweile für manche für alles, was sie hassen und fürchten.
151 Zum anderen müssen wir aber auch selbstkritisch anerkennen, dass wir bislang
152 nicht genug konkrete und überzeugende Angebote gemacht haben, um klar zu machen,
153 dass wir die Sorgen und Bedürfnisse der Menschen in Thüringen ernst nehmen, die
154 beispielsweise mit den negativen Folgen des tiefgreifenden Strukturwandels leben
155 müssen. Dem müssen wir noch mehr entgegensetzen. Es braucht eine aktive
156 Auseinandersetzung mit den Ängsten und Vorurteilen, die unsere Gesellschaft
157 spalten, sowie eine Politik, die den sozialen Zusammenhalt stärkt. Das gilt auch
158 für den Hass und die Ressentiments, die sich gezielt gegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
159 richten. Diesem begegnen wir nicht nur mit guter Politik und besseren Lösungen,
160 sondern auch mit einer ehrlichen Kommunikation, indem wir verständlich
161 vermitteln, was wir tun und warum es wichtig ist. Wir müssen noch stärker nach
162 vorne stellen, dass wir das Leben der Menschen besser machen wollen, und
163 spürbare Verbesserungen erreichen: wie mehr Bus- und Bahnangebote vor Ort,
164 günstigere Energiepreise, mehr Investitionen in Bildung und neue Arbeitsplätze
165 vor Ort. So gestalten wir eine Politik, die echte Perspektiven bietet und
166 niemanden zurücklässt. So erreichen wir, dass für uns so wichtige politische
167 Anliegen wie Sicherung von Freiheit für alle, Bürger*innenbeteiligung, Fokus auf
168 Regionalität, Gerechtigkeit wieder stärker mit uns assoziiert werden. Wir wollen
169 zeigen, wie stark wir hier im ganzen Land verwurzelt sind und unsere Motivation
170 zum Wohle des Landes ausgerichtet ist. Unsere Ehrlichkeit und unsere Zuversicht
171 müssen wir dabei als Chance begreifen. Der Gegenwind hält uns nicht auf. Weil
172 wir nicht in den Kopf in den Sand stecken, sondern weiter kämpfen: für eine
173 klimaneutrale, gerechte und solidarische Gesellschaft, für ein weltoffenes
174 Thüringen mit Zukunft!